

Staatspolitische Kommission des Nationalrates  
Per Email  
Spk.cip@parl.admin.ch

Bern, 12. Februar 2020 sgv-Sc

### **Vernehmlassungsantwort**

#### **Pa. Iv. 16.438 Angemessene Bezüge und Stopp der Lohnexzesse bei den Bundes- und bundesnahen Unternehmen**

Sehr geehrte Damen und Herren

Als grösste Dachorganisation der Schweizer Wirtschaft vertritt der Schweizerische Gewerbeverband sgv über 230 Verbände und gegen 500 000 KMU, was einem Anteil von 99,8 Prozent aller Unternehmen in unserem Land entspricht. Im Interesse der Schweizer KMU setzt sich der grösste Dachverband der Schweizer Wirtschaft für optimale wirtschaftliche und politische Rahmenbedingungen sowie für ein unternehmensfreundliches Umfeld ein.

Seit geraumer Zeit weist der sgv auf Probleme in der grundsätzlichen Konstruktion und im Verhalten der Bundes- und bundesnahen Unternehmen hin. Der sgv hat dabei vor allem Wettbewerbsverzerrungen festgestellt. Staatliche und staatsnahe Unternehmen in der Schweiz setzen ihre komfortable Ausstattung mit Monopolen, Staatsgarantien und günstigem Zugang zu Kapital ein, um in den Wettbewerb mit privaten Unternehmen zu treten. Das ist eine verwerfliche Verhaltensweise, welche den Markt in mehrfacher Hinsicht verzerrt.

Der sgv hat auch schon eine Lösung für das Problem vorgeschlagen: Der Bund soll als Eigentümer oder Mehrheitseigner seinen Unternehmen Eigentümerstrategien geben. Diese vom sgv präferierte Lösung entspricht den verschiedenen Empfehlungen der OECD und der Weltbank. Der Bundesrat gibt den Bundes- und bundesnahen Unternehmen zwar strategische Ziele. Doch diese Ziele sind weder umfassend noch entsprechen sie einer strategischen Grundsatzregelung. Eine Eigentümerstrategie, so wie der sgv, die OECD und die Weltbank sie verstehen und empfehlen, ist eine umfassende Erklärung dessen, was ein Unternehmen tun soll und darf. Sie beinhaltet auch verbindliche Vorgaben zu Verhaltensweisen, die dem Unternehmen untersagt werden.

Entsprechend hält der sgv an seinem Lösungsvorschlag fest. Bundes- und bundesnahe Unternehmen müssen mit einer Eigentümerstrategie geführt werden. Es ist Sache des Bundesrates, diese festzulegen und der parlamentarischen Kontrolle zu unterstellen oder über Strategie und Umsetzung dem Parlament Bericht zu erstatten. In der Eigentümerstrategie muss sich der Eigentümer unter anderem zur Entlohnungspolitik äussern.

Aus dieser grundsätzlichen Positionierung folgt, dass **der sgv die parlamentarische Initiative 16.438 insgesamt und ihre vorliegende Umsetzung insbesondere ablehnt**. Das Drehen an der Lohnschraube allein löst die Probleme, welche aus den Bundes- und bundesnahen Unternehmen ausgehen, nicht. Dieses Drehen an der Lohnschraube ist eine rein operative Massnahme und berücksichtigt den strategischen Gesamtkontext nicht. Sie berücksichtigt auch nicht die Besonderheiten jedes

Schweizerischer Gewerbeverband

Union suisse des arts et métiers

Unione svizzera delle arti e mestieri

Unternehmens. Nur eine Eigentümerstrategie kann sowohl das Gesamtumfeld umfassend beurteilen als auch auf die besonderen Umständen jedes Unternehmens eingehen. Zudem ist die Eigentümerstrategie das viel mildere Mittel, um etwaige Probleme in den Staats- und staatnahen Unternehmen zu lösen.

Zuletzt ist noch auf zwei wichtige Schwächen der unterbreiteten Vorlage hinzuweisen: Erstens wird sich die Plafonierung der Spitzenlöse dämmend auf die gesamte Lohnstruktur der entsprechenden Unternehmen auswirken. In den verhandelten Gesamtarbeitsverträgen werden Relationsbezüge zu den Spitzengehältern gemacht; sinken diese, werden auch jene nach unten angepasst. Zweitens kündigt der erläuternde Bericht auf S. 24 an, dass die Vorlage zu Mehraufwand führt. Die zusätzlichen Regulierungskosten sind jedoch weder geschätzt noch beziffert. Es fehlt also das Preisschild der Vorlage.

Freundliche Grüsse

**Schweizerischer Gewerbeverband sgv**



Hans-Ulrich Bigler  
Direktor sgv, e. Nationalrat



Henrique Schneider  
stellvertretender Direktor